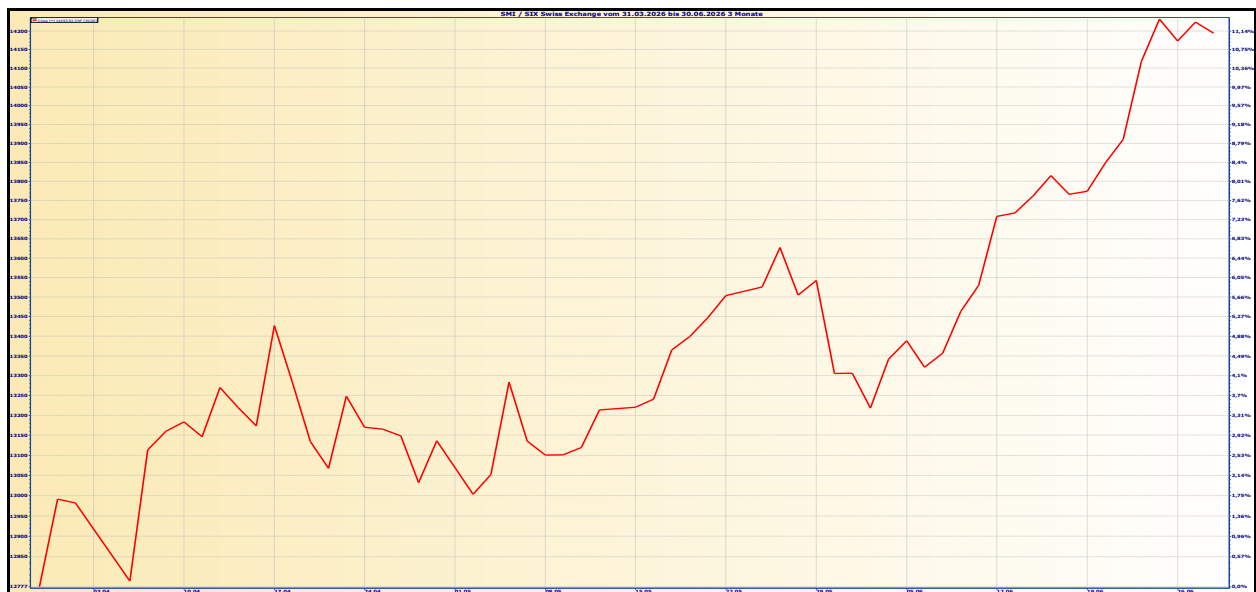




Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für den **Aktienmarkt** in der Schweiz (Anteil von 23 Prozent am Aktienvermögen beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds und 59 Prozent beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds) gab es im **zweiten Quartal** einen erfreulichen Anstieg. Der **SMI** kletterte in den letzten drei Monaten um elf Prozent von 12.800 Punkten auf 14.200 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Am Schweizer **Rentenmarkt** veränderte sich die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen nur unwesentlich und gab minimal von 0,4 Prozent auf 0,25 Prozent nach. Ganz ähnlich die Situation am Rentenmarkt in Deutschland: Hier fielen die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen leicht von 3,0 Prozent auf 2,85 Prozent.

Im Juni hat die Europäische Zentralbank zum ersten Mal seit knapp drei Jahren die Leitzinsen erhöht, und zwar um einen Viertelprozentpunkt auf jetzt 2,25 Prozent. Die Schweizerische Nationalbank hat hingegen ihre Leitzinsen unverändert bei null Prozent belassen.

Am **Devisenmarkt** kam es im zweiten Quartal vorläufig zu keinem weiteren Anstieg des Schweizer Franken gegenüber dem Euro. Die Gemeinschaftswährung verharrte nahezu unverändert bei 0,92 gegenüber dem Franken. *Daniel Stelter* schreibt zu den weiteren Aussichten für den Euro: „Ein Euro kostete einmal 1,60 Franken. Jetzt müssen Sie noch 90 Rappen dafür bezahlen. Das zeigt exemplarisch: Damit der Euro überleben kann, muss er schwach sein wie die Lira, nicht stark wie die D-Mark.“¹

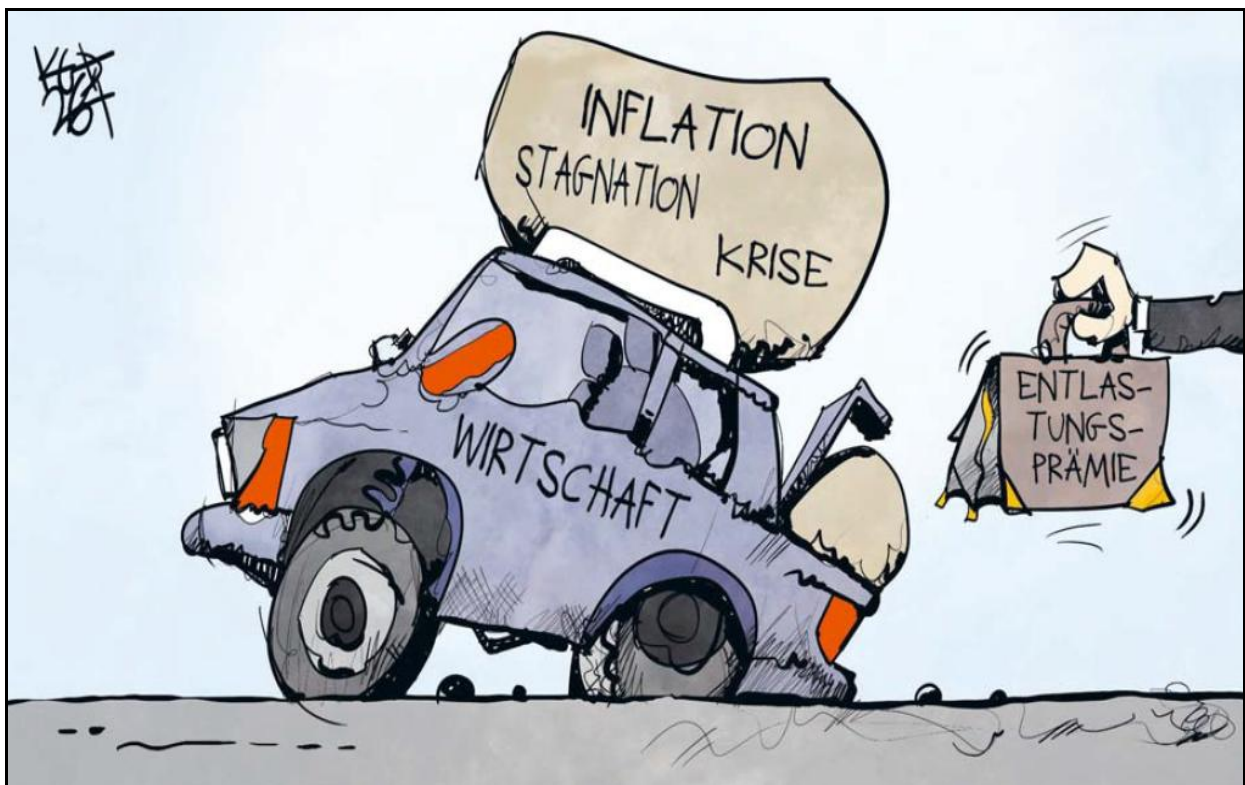
Warum ist der Euro so schwach? Eine der Antworten auf diese Frage liegt in Deutschland. Deutschland ist das Land mit dem höchsten Gewicht in Europa und im Euro. Und Deutschland ist mal wieder der kranke Mann in Europa. Die

¹ Daniel Stelter im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 11. April 2020, Seite 29.

WirtschaftsWoche schreibt in ihrem Artikel „Das verlorene Jahrzehnt droht“: „Deutschlands Wachstumskräfte schrumpfen nachhaltiger als bisher angenommen. Ökonomen schließen eine Stagnation bis 2030 nicht mehr aus.“² Und an anderer Stelle warnt das Magazin in dem aufrüttelnden Artikel „Den Absturz verhindern“: „Es drohen ‚italienische Verhältnisse‘, also eine 25 Jahre andauernde Stagnation“.³

Der Autor des Artikels, *Daniel Stelter*, benennt die Ursachen des deutschen Abstiegs klar und deutlich: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist seit Jahren rückläufig. Begonnen hat der Abstiegsprozess mit dem Atomausstieg. Gleichzeitig wurde er aber mindestens so sehr von einer immer höheren Steuer- und Abgabenlast, einer überbordenden Bürokratie und einem Staat beeinflusst, der – statt auf gute Rahmenbedingungen zu setzen – glaubt, mit dem Verteilen von Subventionen die Wirtschaft steuern zu können.“⁴

Bildlich gesprochen kommt das Auto namens Wirtschaft nicht mehr voran, weil es zu schwer beladen ist. Da nützt auch die zwischenzeitlich ins Auge gefasste Entlastungsprämie nichts:



Quelle: *Handelsblatt* vom 15. April 2026, Seite 26

Gewohnt deutliche Worte zur Lage Deutschlands findet auch *Martin Herrenknecht*. Er schreibt: „Die Schuldenbremse aussetzen, wie es SPD-Fraktionschef Matthias Miersch andeutet, oder gleich die Goldreserven verkaufen, wie es DIW-Präsident Marcel Fratzscher vorschlägt – all das bringt Deutschland nicht wieder auf Kurs.“ Und weiter: „Mehr Schulden und Goldverkäufe – das sind keine Antworten, sondern Schnapsideen. Sie lösen unsere Herausforderungen nicht, sie finanzieren lediglich das teure Weiter-

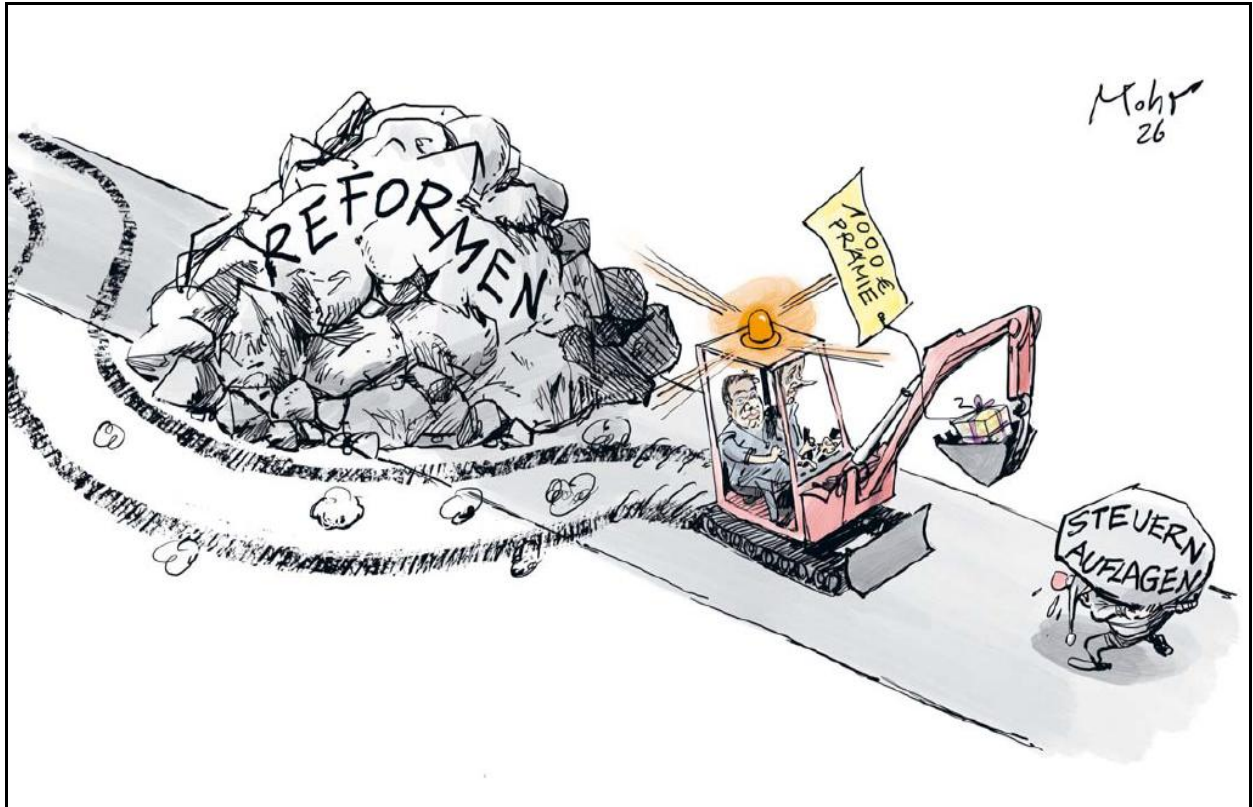
² *WirtschaftsWoche* vom 22. Mai 2026, Seite 36 - 38, hier Seite 36.

³ *WirtschaftsWoche* vom 24. April 2026, Seite 36 - 37, hier Seite 36.

⁴ *WirtschaftsWoche* vom 24. April 2026, Seite 36.

so. Kurz gesagt: Wir saufen uns die Lage schön.“⁵ An anderer Stelle warnt *Martin Herrenknecht*: „Unser Land ist auf dem Weg zu einer Bananenrepublik.“⁶

Es nützt nichts, den Berg von notwendigen Reformen immer zu umfahren und stattdessen kleinteilige Lösungen anzubieten:



Quelle: *Handelsblatt* vom 21. April 2026, Seite 18

Was die verantwortlichen Politiker hier machen, ist nichts anderes, als „kurzatmige Flickschusterei als Strategie [zu] verfolgen“.⁷ Sinnvoller wäre es, die bekannten und oft genug von Ökonomen und Wissenschaftlern benannten Probleme zügig zu beheben. Professor *Bernd Raffelhüschen* sagt leicht resigniert: „Die deutschen Regierungen neigen grundsätzlich erst einmal dazu, Ratschläge der Wissenschaft zu ignorieren.“⁸

In Deutschland gibt es seit längerer Zeit zu viel Staatskonsum und zu wenig Investitionen. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums haben verschiedene Regierungen „den Leistungskatalog der Sozialversicherungen kräftig ausgeweitet“ und die Politiker haben „das Füllhorn des Sozialstaates mit immer neuen Leistungen bestückt.“⁹

⁵ Martin Herrenknecht in seinem Gastkommentar im *Handelsblatt* vom 30. April - 3. Mai 2026, Seite 26. Herrenknecht ist Gründer und Vorstandsvorsitzender des Tunnelbauers *Herrenknecht AG*.

⁶ Martin Herrenknecht in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. Juni 2026, Seite 28. Als eine der Lösungen schlägt er vor: „Wir müssen härter arbeiten, nur so ist Deutschland noch zu retten.“ Und weiter: „In der Schweiz geht das offensichtlich. Die Schweizer arbeiten mehr, 42 Stunden in der Woche, 250 Stunden im Jahr mehr. Es gibt weniger Krankheitstage, weniger Urlaubstage, und der Kündigungsschutz ist sinnvoller geregelt.“

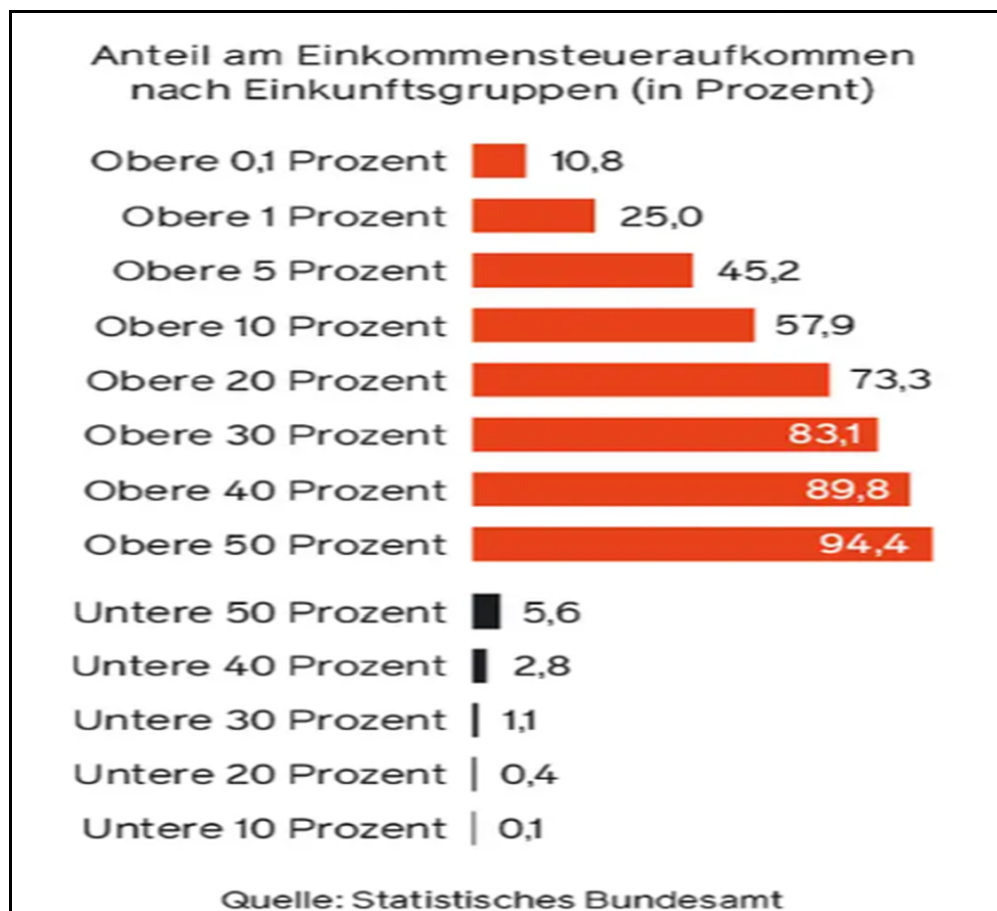
⁷ *Substanz Investor* vom Mai 2026, Seite 66.

⁸ *FONDS professionell*, Ausgabe 1/2026, Seite 258. Raffelhüschen war von 1995 bis 2025 Professor für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Mai 2026, Seite 21.

Diese Zeiten sind vorbei. Die *Neue Zürcher Zeitung* benennt klar und deutlich die Problemlösungsalternativen: „Die Politiker haben grundsätzlich drei Möglichkeiten auf die Misere zu reagieren. Sie können die Steuern und Beiträge erhöhen, mehr Schulden aufnehmen oder die Sozialausgaben senken.“¹⁰

Bis jetzt wollen die Politiker die dritte Möglichkeit, die Sozialausgaben zu senken, aus Angst vor einer Niederlage bei der nächsten Wahl auf keinen Fall in Angriff nehmen. Gerne wird deshalb auf die erste Variante, die Steuern zu erhöhen, ausgewichen. Dabei wird allerdings übersehen, dass bereits jetzt die oberen 50 Prozent der Einkunftsgruppen fast 95 Prozent zum Einkommensteueraufkommen beitragen. Die *WirtschaftsWoche* mokiert sich daher: „Die Geschöpften sollen noch mehr zahlen“.¹¹



Quelle: *WirtschaftsWoche* vom 26. Juni 2026, Seite 30

Für viele Leistungsträger in Deutschland ist die Schmerzgrenze der steuerlichen Belastung längst erreicht¹² – sie kehren ihrem Heimatland den Rücken. Waren es im Jahr 2015 gerade einmal 138.000 und im Jahr 2024 rund 270.000 Deutsche, die ihr Land verließen,¹³ sind es im Jahr 2025 bereits 295.000 Auswanderer.¹⁴ In der

¹⁰ *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Mai 2026, Seite 21

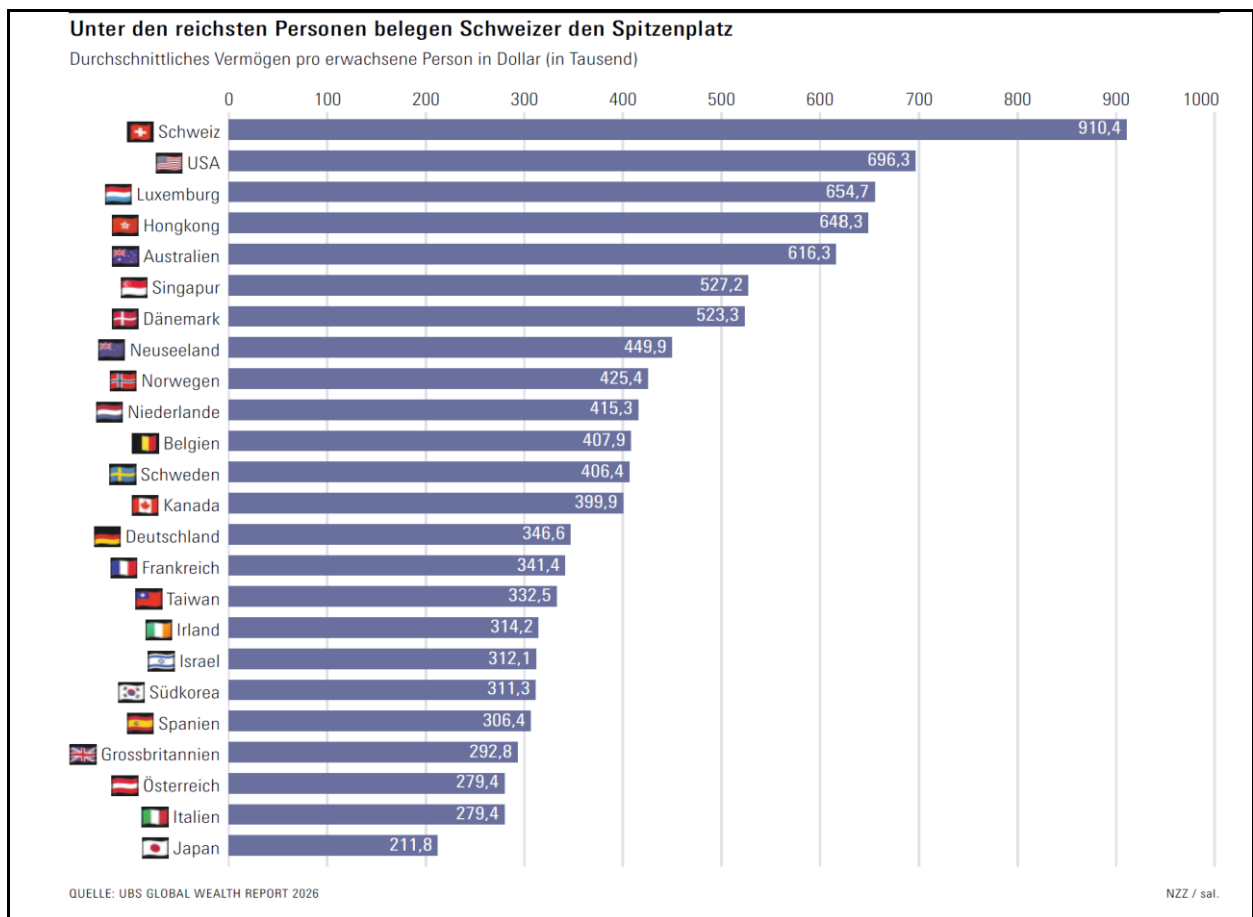
¹¹ *WirtschaftsWoche* vom 26. Juni 2026, Seite 30.

¹² Deutschland hat seinen unrühmlichen zweiten Platz in der weltweiten Belastungstabelle gefestigt. Eine Studie der OECD untersucht jährlich, wie stark Arbeitseinkommen mit Steuern und Sozialabgaben belastet werden. Nur die Arbeitnehmer in Belgien müssen noch mehr von ihrem Lohn an den Staat abgeben. Vgl. *Handelsblatt* vom 23. April 2026, Seite 14.

¹³ Vgl. *Handelsblatt* vom 2. Juni 2026, Seite 16. In dem Artikel „Deutschland verliert seine Leistungsträger“ werden als Hauptgründe für die Auswanderung zu hohe Steuern und zu hohe Sozialabgaben genannt. Die Zahlenangaben stammen vom Statistischen Bundesamt und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Vergangenheit waren die USA das Zielland Nummer 1 für die überdurchschnittlich jungen und hochqualifizierten deutschen Auswanderer, seit einigen Jahren ist es die Schweiz. Der Grund ist relativ einfach: „Die Schweiz etwa verbindet niedrigere Steuer- und Abgabenbelastungen mit effizienten Verwaltungsstrukturen und besseren Möglichkeiten der Vermögensbildung.“¹⁵

Laut einer aktuellen Studie der *UBS* ist die Schweiz gemessen am Vermögen pro Kopf klar das reichste Land der Welt.¹⁶



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Juli 2026, Seite 22

Wie der Chefökonom der UBS, *Paul Donovan*, erläutert, „gibt es nur zwei Wege, um Vermögen zu bilden. Entweder durch harte Arbeit oder durch das Eingehen von Investitionsrisiken.“¹⁷ Gerade der zweite Punkt erklärt den großen Abstand zwischen dem Vermögen in der Schweiz und in Deutschland. Während die Schweizer rund 65 Prozent ihres Vermögens an den Finanzmärkten investieren, liegt der Anteil im risikoscheuen Deutschland erheblich tiefer.¹⁸

¹⁴ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Mai 2026, Seite 21.

¹⁵ *Handelsblatt* vom 2. Juni 2026, Seite 16. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt: „Noch nie sind so viele Millionäre ausgewandert, insbesondere aus Deutschland – die Schweiz profitiert davon“. Die Zeitung zitiert aus einer Studie der Universität Duisburg-Essen, wonach drei Viertel der deutschen Auswanderer einen Hochschulabschluss besitzen und dazu die Mehrheit jünger als 40 Jahre ist. Siehe *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Juli 2026, Seite 21.

¹⁶ Bei dem Vermögen im *UBS Wealth Report* handelt es sich um die Summe aller Finanzanlagen inklusive Guthaben der Pensionskasse sowie Immobilien abzüglich der Schulden.

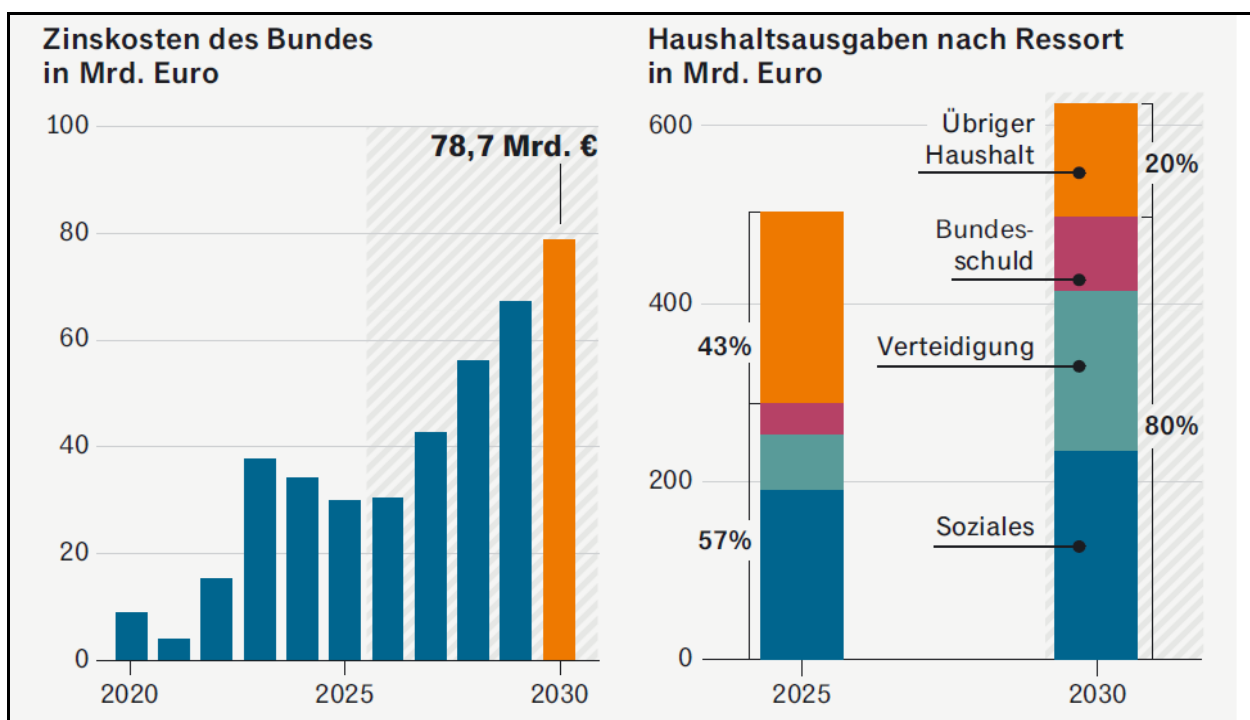
¹⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Juli 2026, Seite 22.

¹⁸ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Juli 2026, Seite 22.

Kommen wir noch einmal auf die auf Seite 4 angesprochenen drei Möglichkeiten zurück, die die Politiker in Deutschland haben, die ökonomische Misere zu bewältigen. Wie weiter oben dargestellt, fällt die Alternative drei (Senkung der Sozialausgaben) aus Angst vor Wahlniederlagen aus. Variante eins (Steuererhöhung) bewirkt Ausweichreaktionen der Betroffenen (zum Beispiel Auswanderung). Gerne genommen wird daher von der Politik die zweite Alternative: eine Ausweitung der Staatsschulden durch immer neue Kredite.

Dass Politiker fast immer den aus ihrer Sicht leichtesten Weg beschreiten, scheint systemimmanent zu sein und ist auch keine neue Erscheinung. Schon der griechische Philosoph *Platon* wusste bereits im vierten Jahrhundert vor Christus: „Diejenigen, die zu klug sind, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie.“ Und die wenig oder keine Ahnung von wirtschaftlichen Zusammenhängen haben!¹⁹

Anstatt die dringend notwendigen Reformen anzugehen, versuchen die kraftlosen und durchsetzungsschwachen Politiker in Deutschland mit immer mehr Staatsschulden Zeit zu kaufen. Zeit, die sie nicht nutzen – und die sehr viel Geld in Form von immer mehr Zinsen kosten:



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. - 7. Juni 2026, Seite 12

Betrugen die **Zinskosten** für die in der Vergangenheit aufgenommenen deutschen Staatsschulden im Jahr 2020 noch zehn Milliarden Euro, so liegen sie aktuell schon bei 30 Milliarden Euro und werden durch immer höhere neue Schulden voraussichtlich

¹⁹ Eine interessante Begründung für dieses Phänomen liefert *Ralph Malisch* im *Substanz Investor*, Mai 2026, Seite 66: „Die Parteien ziehen einen besonderen Menschenschlag an, der dann auch noch zuverlässig nach oben gespült wird: Je nassforscher der von Kompetenz befreite Gestaltungswille, gepaart mit dem notwendigen Duckmäusertum nach oben, desto sicherer sind Mandat und Aufstieg. Dort, wo der Dunning-Kruger-Effekt besonders hart zugeschlagen hat, drängt diese substanzlose Besserwisserei auf nervtötende Weise in die abendlichen Talkshows.“ Malisch ist stellvertretender Chefredakteur des Magazins.

schon in vier Jahren auf knapp 80 Milliarden Euro steigen (siehe linke Hälfte der obigen Grafik).²⁰

Durch die steigenden Kosten für Zinsen wird der Anteil am gesamten Staatshaushalt stetig größer. Beträgt die Bundesschuld im Vergleich zum Gesamthaushalt zurzeit noch sechs Prozent, so wird sie sich bereits in vier Jahren ungefähr verdoppelt haben (siehe die beiden lilafarbenen Balken in der rechten Hälfte der Grafik). Was bedeutet das konkret? Innerhalb einer Zeitspanne von nur einer Legislaturperiode werden sich die Gestaltungsmöglichkeiten der gewählten Politiker mehr als halbiert haben (orangefarbene Balken oben rechts = übriger Haushalt). Werden die Bürger dann überhaupt noch zu Wahlen zum Deutschen Bundestag gehen, wenn sie von vornerein wissen, dass die zu wählenden Politiker gar keine Gestaltungsmöglichkeit mehr haben? Ist das möglicherweise dann gar **der Anfang vom Ende der Demokratie**?

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt zur Schuldenorgie: „So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Die Kreditaufnahme muss wieder stärker begrenzt werden, damit nachfolgende Regierungen handlungsfähig bleiben.“²¹ Und das *Handelsblatt* ergänzt in dem Artikel „Letzter Rettungsversuch für die Schuldenbremse“: „Wir brauchen eine kluge Modernisierung der Schuldenbremse.“²²

Zurzeit bezahlen die Bürger in Form von immer mehr Zinsen für die ungezügelte Ausgabewut der Politiker in der Vergangenheit. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelt: „**Viele Schulden nur für die Zinsen**“ und zieht zum Schluss des Artikels das Fazit: „Am Ende bleiben nur zwei unbequeme Optionen: sparen oder das Ersparte schleichend entwerten.“²³

Da die Politiker – nicht nur in Deutschland – nicht willens und wohl auch nicht fähig sind zu sparen, arbeiten sie bereits seit einigen Jahren an der zweiten Option: **Entwertung des Geldes** und Aushöhlung der Kaufkraft. Dies geschieht durch eine übermäßige Aufblähung der Geldmenge im Vergleich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

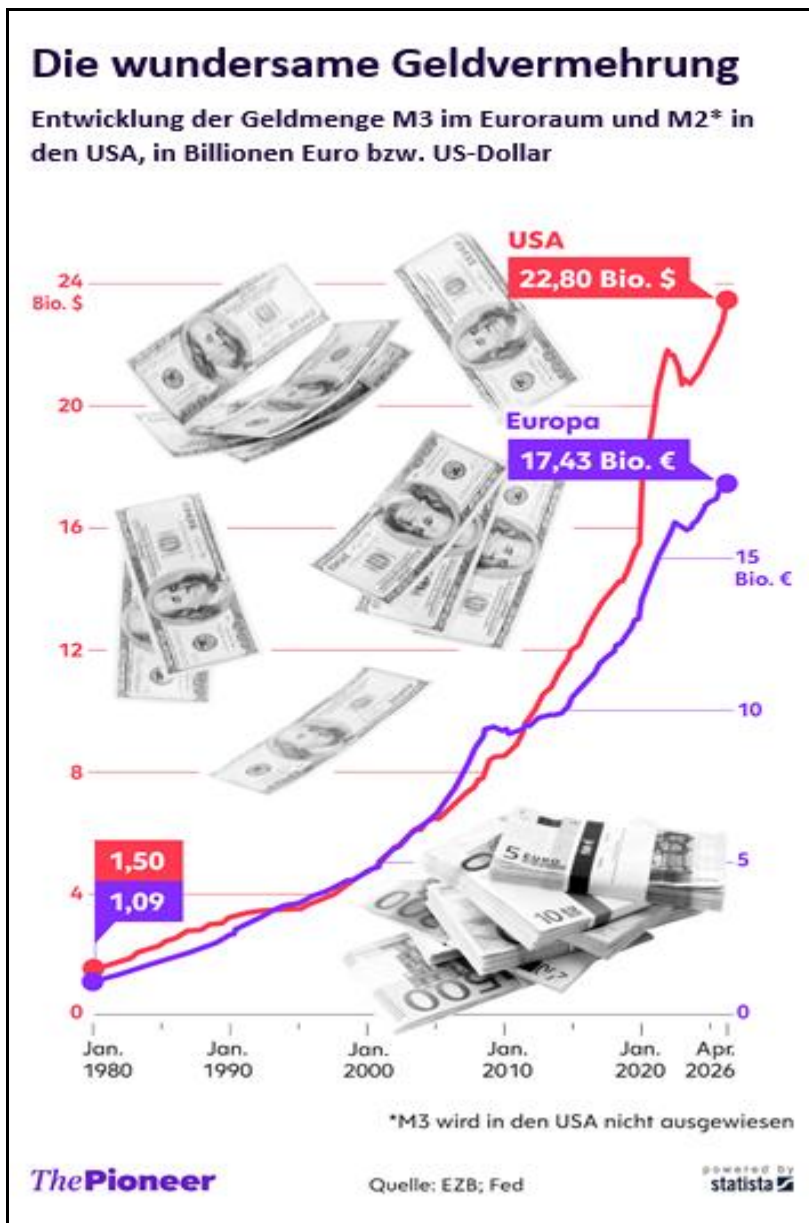
Die nächste Grafik zeigt anschaulich, wie rasant die Geldmengen im Euroraum (lilafarbene Linie) und in den USA (rote Linie) in der Vergangenheit gestiegen sind:

²⁰ Diese Schätzung geht davon aus, dass das bisherige Toprating von Deutschland bei den internationalen Ratingagenturen auch in Zukunft erhalten bleibt. Sollte dies jedoch in Frage gestellt werden, weil Deutschland immer mehr Staatsschulden anhäuft und sich weiterhin kaum Wachstum einstellt, dann würden die Zinsen für die Aufnahme neuer Schulden steigen. Zur Orientierung: Ein Prozent höhere Zinsen auf neue Schulden kostet Deutschland 17,3 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Vgl. *Handelsblatt* vom 18. Mai 2026, Seite 5.

²¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Mai 2026, Seite 17.

²² *Handelsblatt* vom 5. - 7. Juni 2026, Seite 13.

²³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Juni 2026, Seite 18.



Quelle: *The Pioneer* vom 17. Juni 2026

Die viel zu starke Ausdehnung der Geldmengen in Relation zum BIP erzeugt zwingend **Inflation**. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Professor *Milton Friedman* wusste bereits im Jahr 1963: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen.“²⁴ Ein einfaches Beispiel möge diesen Zusammenhang verdeutlichen: Wenn sich die Geldmenge in einer Volkswirtschaft verdoppelt, die Gütermenge in demselben Zeitraum aber gleichbleibt, dann führt das unweigerlich zu einer Verdoppelung der Preise.²⁵

Nun könnte man einwenden, das Bruttoinlandsprodukt sei ja seit dem Jahr 1980 auch gestiegen. Das stimmt, aber nicht um den Faktor 16 im Euroraum bzw. den Faktor 15 in den USA.²⁶ Das Wirtschaftswachstum war in beiden Volkswirtschaften in diesem

²⁴ *Milton Friedman*: Inflation, Causes and Consequences, Asian Publishing House 1963.

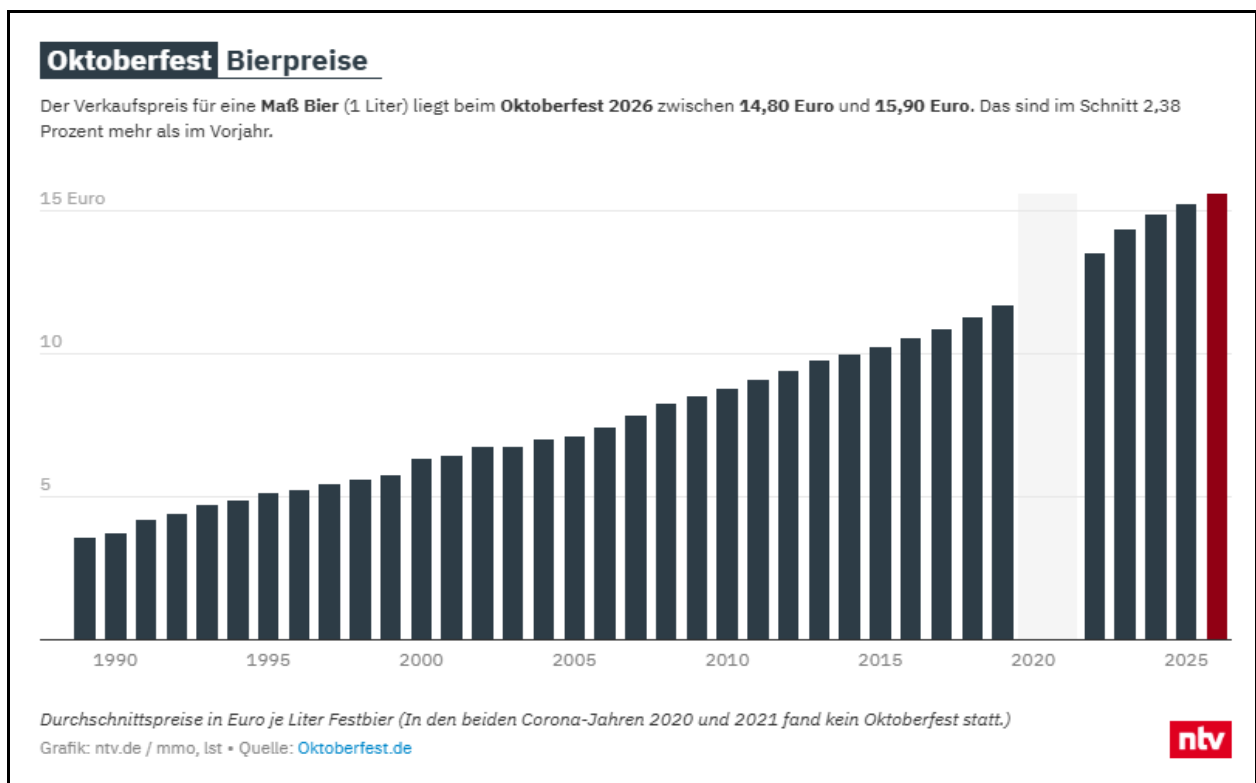
²⁵ Zur Vereinfachung sei in diesem Beispiel die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als konstant angenommen.

²⁶ In Wirklichkeit dürfte der Faktor der Geldmengenvermehrung in den USA deutlich größer als 15 sein. Das wahre Ausmaß der Geldentwertung zeigt die Geldmenge M3 an, die jedoch seit einigen Jahren wohl genau aus diesem Grund nicht mehr veröffentlicht wird.

Zeitraum deutlich geringer. Und das führte somit zu stetig steigenden Preisen. Oder mit anderen Worten: **Zu viel Geld jagt zu wenig Güter.**

In den USA ist angesichts der Staatsschulden in Höhe von 32 Billionen US-Dollar und jährlichen Zinszahlungen von über einer Billion US-Dollar (!) die Gefahr groß, „dass sich der riesige Berg von Staatsschulden wohl nur noch mit einer kräftigen Inflationswelle wegspülen lässt.“²⁷

In rund zwei Monaten beginnt in Deutschland wieder das größte Volksfest der Welt, das Münchener Oktoberfest. Die folgende Grafik zeigt die Preisentwicklung einer Maß Bier im Verlauf der letzten knapp 40 Jahre:



Quelle: ntv vom 2. Juni 2026

Kostete ein Liter Bier auf der Wiesn im Jahr 1989 umgerechnet weniger als vier Euro, so hat sich der Preis im Jahr 2026 auf knapp 16 Euro (!) für eine Maß ungefähr vervierfacht.

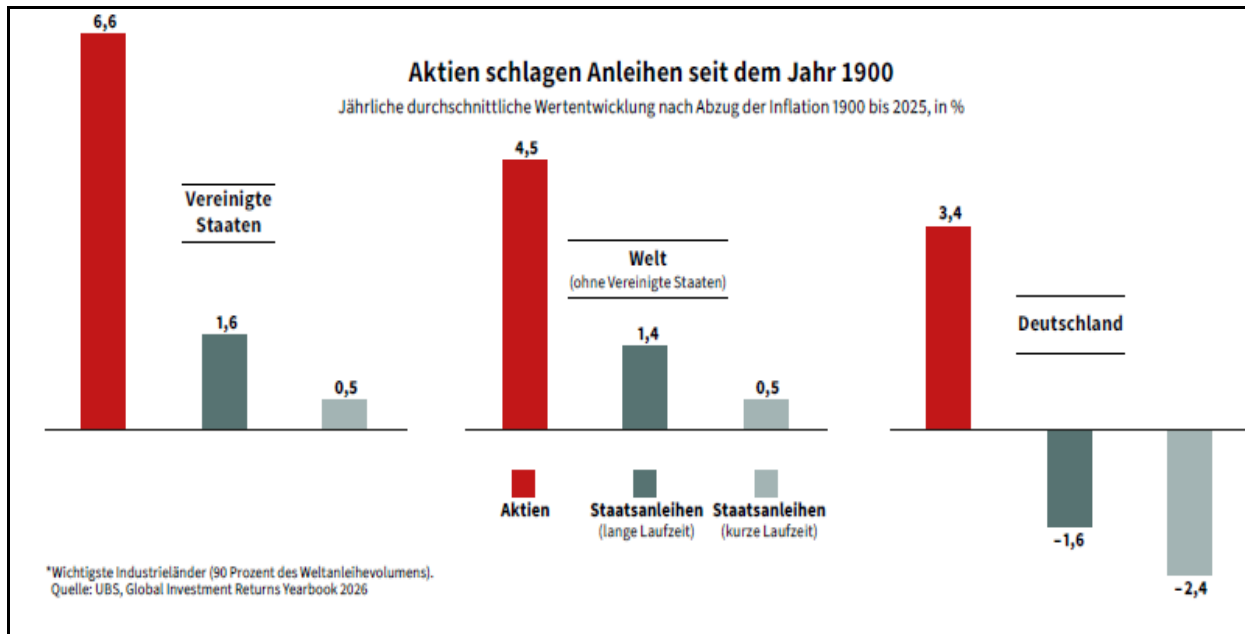
Was hier mit der Entwicklung des Bierpreises auf dem Oktoberfest als Beispiel für die Preissteigerung grafisch aufgezeigt worden ist, steht exemplarisch für gesamte **Entwertung der Kaufkraft** in Deutschland. Zentralbanken oder Regierungen weiten die Geldmenge übermäßig aus, zum Beispiel durch das Drucken von Geld oder durch ungedeckte Staatsausgaben (Stichwort Sondervermögen). Allerdings ist die Tatsache der Geldentwertung den meisten Sparern nicht in vollem Umfang bewusst, sonst

²⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Juni 2026, Seite 17. Der Artikel „Amerika will seine Schulden nicht bezahlen“ kommt zu dem Fazit: „Uncle Sam wird sein Versprechen, das Geld zurückzuzahlen, nicht brechen. Aber wohl so sehr dehnen, dass es auch nicht mehr viel wert ist.“

Heinz-Werner Rapp ergänzt: „Im vergangenen Jahr lagen die Zinsausgaben des US-Staates bereits bei rund 1,3 Billionen Dollar, etwa 30 Prozent über den Verteidigungsausgaben – langfristig ein ökonomischer Offenbarungseid.“ *FONDS professionell*, Ausgabe 1/2026, Seite 132 - 133. Rapp war bis 2023 langjähriger Vorstand und Anlagechef (CIO) der FERI-Gruppe, für die er seit 1995 tätig ist.

würden in Deutschland nicht so viele Gelder auf Giro-, Fest- oder Sparkonten systematisch an Kaufkraft verlieren.

Wichtig für den Erhalt der Kaufkraft ist angesichts der beschriebenen politisch gewollten Inflation, dass Anleger ihre Gelder in Sachwerte (zum Beispiel Aktien) und nicht in Geldwerte (zum Beispiel Staatsanleihen) investieren. Die folgende Grafik zeigt den deutlichen Unterschied im Kaufkrafterhalt in drei verschiedenen Wirtschaftsräumen:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 19. April 2026, Seite 29

Im linken Drittel sind die realen Anlageergebnisse (also nach Abzug der Inflationsrate) in den USA, im mittleren Drittel in der gesamten Welt ohne die USA und im rechten Drittel die Ergebnisse von Deutschland abgetragen. Es wurden über einen Zeitraum von 125 Jahren drei verschiedene Anlagemöglichkeiten untersucht. Eine Investition in Aktien (roter Balken), in langlaufende Staatsanleihen (dunkelgrauer Balken) und in kurzlaufende Staatsanleihen (hellgrauer Balken).

In allen Wirtschaftsräumen liegt die Anlage in Aktien bei der Wertentwicklung sehr deutlich vor einer Anlage in Staatsanleihen. In Deutschland war es in der Vergangenheit sogar nur mit einer Investition in Aktien möglich, einem langfristigen Kaufkraftverlust zu entgehen.

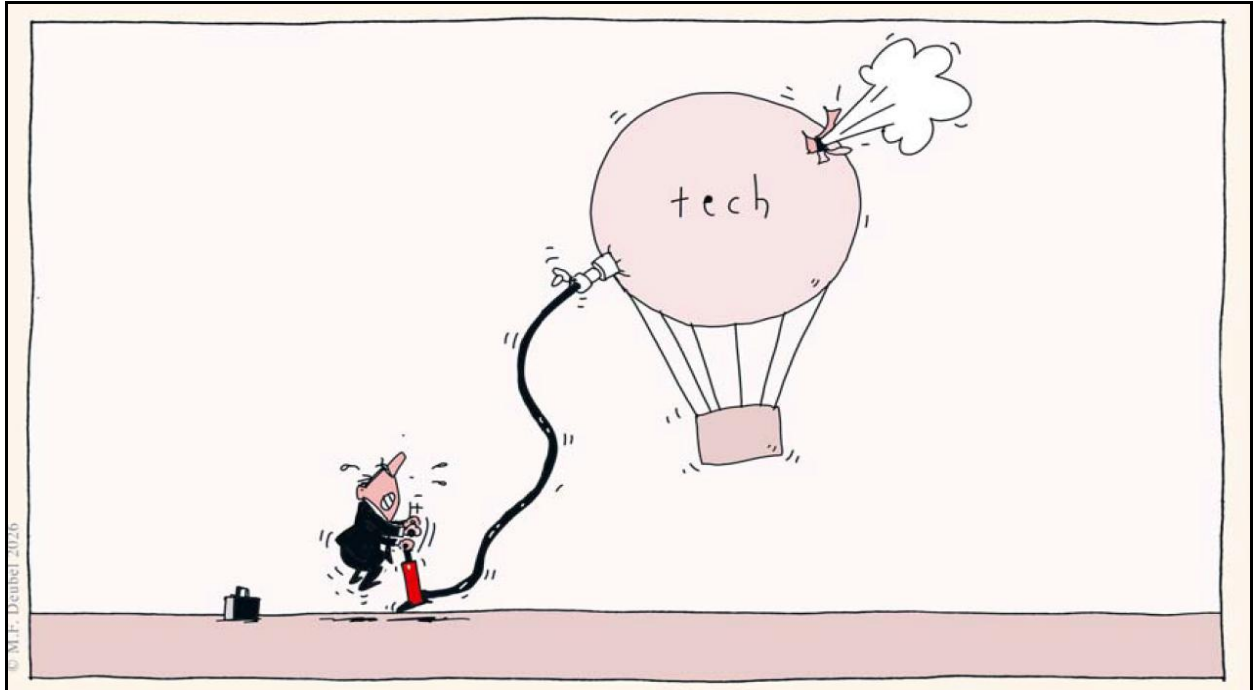
Und das wird auch in Zukunft so sein, vielleicht sogar mit noch deutlicheren Unterschieden zugunsten einer Aktienanlage. Denn eine Investition in Staatsanleihen erscheint in den nächsten Jahren wenig attraktiv zu sein. *Ray Dalio* warnt: „Laut Prognosen werden die Schuldenlasten in der gesamten entwickelten Welt in den kommenden Jahrzehnten erheblich zunehmen.“²⁸ Wir von *Schmitz & Partner* werden aus diesem Grund weiterhin schwerpunktmäßig substanzstarke Aktien in den von uns

²⁸ *Ray Dalio*: Wie Staaten bankrott gehen. Der große Schuldenzyklus – warum die Weltwirtschaft in die Krise steuert und was wir jetzt tun müssen, Finanzbuch Verlag, München 2025, Seite 246. Und anderer Stelle: „Staatliche Schulden sind offensichtlich ein großes und wichtiger werdendes Thema.“ (Seite 309) Dalio ist Gründer von *Bridgewater Associates*, dem weltgrößten Hedgefonds.

In Deutschland dürfte sich allein die Verschuldung des Bundes innerhalb von fünf Jahren um etwa eine Billion Euro (!) erhöhen. Vgl. hierzu den Artikel „Auf der Suche nach der magischen Schuldenformel“ in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Mai 2026, Seite 17.

verwalteten individuellen Wertpapierdepots und in den von uns verantworteten beiden *Schmitz & Partner* Fonds hineinkaufen und halten.

Wir werden jedoch auch zukünftig nicht in die aus unserer Sicht völlig überbewerteten Technologiewerte investieren, denen zudem langsam die Luft auszugehen droht:



Quelle: *Handelsblatt* vom 9. Juni 2026, S.12

Und wir werden auch nicht den auf Dauer aussichtslosen Versuch unternehmen, mit kurzfristigen Käufen und Verkäufen an der Börse die Gewinne unserer Kunden zu steigern. Es gilt der bekannte Spruch: „Hin und Her macht Taschen leer“ – nämlich die unserer Kunden!²⁹

Nachdem im Jahr 2025 der **Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds** mit knapp 30 Prozent Zuwachs ein außerordentliches Ergebnis für seine Fondsanteilseigner erwirtschaftet konnte, ist es zur Halbzeit des Jahres 2026 der **Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds**, der unseren Kunden Freude bereitet. Per Ende Juni steht für den Fonds eine schöne Wertsteigerung von elf Prozent zu Buche.

Eine aktuelle **Fondsanalyse** aus dem Anlegermagazin *Substanz Investor* vom Juli 2026 über den erfolgreichen *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und seine offensive Ergänzung, den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*, haben wir diesem Quartalsbericht beigefügt. Zusätzlich liegt ein **Artikel** aus der aktuellen Ausgabe des Anlegermagazin *Mein Geld* von *Dirk Fischer* über den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* bei. Darüber hinaus gibt es den Bericht „Schweizer Aktien – starke Währung, starke Unternehmen“ aus dem *Intelligent Investors* zu lesen. Viel Spaß bei der Lektüre!

²⁹ Vgl. zu den „geringen Chancen, im Trading Gewinne zu erzielen“ das Interview mit Tech-Unternehmer und Milliardär *Patrick Gruhn* in der Zeitschrift *BILANZ* vom Juli 2026, Seite 101.